

9. Eichholzer Fachtagung zur Entwicklungspolitik

NACHHALTIGKEIT UNTERNEHMERISCH DENKEN

Das Thema der diesjährigen Eichholzer Fachtagung von Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und Bund Katholischer Unternehmer (BKU) war „Nachhaltigkeit unternehmerisch denken.“ Im Zentrum der Veranstaltung stand die Rolle von Unternehmern und Unternehmen bei der Umsetzung der Agenda 2030, vor allem unter den Bedingungen internationaler wirtschaftlicher Verflechtung.

Dr. Wolfgang Maier, Stv. Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, und **Prof. Dr. Winfried Pinger**, Leiter des BKU-Arbeitskreises „Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit“, begrüßten die Teilnehmer. Maier machte auf die Dimension der kommenden Probleme in der Entwicklungszusammenarbeit aufmerksam, indem er verdeutlichte, wie sehr der demographische Faktor v.a. in Afrika die entwicklungspolitischen Bemühungen der letzten Jahre gefährde. Mehr Menschen, selbst aus wirtschaftlich erfolgreichen Ländern, würden sich auf den Weg nach Europa machen, wenn die Anstrengungen in der EZ nicht deutlich erhöht würden. Pinger stellte heraus, wie schwer die Kontrolle von Lieferketten insbesondere für Mittelständler sei und lobte die Unternehmer für deren Durchhaltevermögen.

Nachhaltigkeit global denken – Die Perspektive der Politik am Beispiel nachhaltiger Lieferketten

Gefolgt wurden diese Ausführungen von einem Impulsvortrag von **Hans-Joachim Fuchtel, MdB**, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er sprach zum Thema nachhaltige Lieferketten. Er unterstrich die wichtige Rolle, die Unternehmen in der EZ einnehmen: Der Privatsektor sei für 85 Prozent des Mittelzuflusses in Länder der Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich, nur 15 Prozent kämen über die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Es sei eine Kunst, Geld an die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu binden. Die Qualität der dualen Ausbildung sei für die Unternehmen wie auch für die Gastländer dabei ein entscheidender Faktor. Es gebe die Notwendigkeit, im Nachhaltigkeitsbereich größere Brücken zu schlagen: Die Zusammenarbeit mit allen Akteuren aus Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen sei zu intensivieren. Der Fokus auf Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik helfe, einen attraktiven Gegenpol zu China zu schaffen: Dazu müssten stärkere Impulse gesetzt werden, um die Präsenz vor Ort zu erhöhen.

Fuchtel wies auf drei starke Impulse im letzten Jahr hin: Die UN-Finanzierungskonferenz in Addis Abeba, die Agenda 2030 mit ihren nachhaltigen Entwicklungszielen in New York (die er einen „Weltzukunftsvertrag“ nannte) sowie die UN-Klimakonferenz in Paris. Die systematische Herausforderung sei, den Spagat hinzubekommen zwischen Armutsbekämpfung, Fluchtursachenbekämpfung, Good Governance und den zahlreichen anderen Zielen dieser ambitionierten Agenda. Speziell zur Lieferkettenpolitik führte Fuchtel aus, dass immer eine saubere Analyse notwendig sei: Wo ist die Lieferkette schwach? Alle Glieder der Kette müssten dabei in den Blick genommen werden. Im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

CHRISTIAN E. RIECK

GUNTER RIECK MONCAYO

Februar 2016

www.kas.de/wf/de/17.66789

www.kas.de

Kleinen müsse begonnen werden, das Nachhaltigkeitsthema in der Lieferkette zu verankern. Dies sei ein Prozess von unten nach oben. Das Beispiel der gefährlichen Arbeitsbedingungen im Textilsektor in Bangladesch zeige, wie wichtig Prävention in diesem Thema sei, und nicht „ständiges Nachbessern“. Er zeigte sich aber zuversichtlich, dass mit der Politik der Lieferketten Nachhaltigkeitsstrukturen entwickelt werden können, die sich auch (ähnlich der Unternehmensverantwortung, Corporate Social Responsibility) wirtschaftlich rechnen.

Die Perspektiven von Wirtschaft und Kirche

In seinem Kommentar „*Nachhaltigkeit ,Made in Germany‘*“ erkannte **Dr. Volker Treier**, der Stellvertretende Hauptgeschäftsführer International, Europäische Union, Auslandshandelskammern des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, zwar die positive Rolle der Unternehmer an. Er warnte aber zugleich auch davor, die Unternehmen mit entwicklungspolitischen Fragestellungen zu überfordern. Es müsse eine gute Arbeitsteilung zwischen Staat und Unternehmern in diesem Politikfeld geben.

Anschließend gab **Prälat Dr. Peter Klasvogt**, der Direktor des Sozialinstituts Kommando Dortmund, einen kurzen Überblick zum Thema „*Laudato Si: Das gemeinsame Haus bewahren*“. Klasvogt wies darauf hin, dass Nachhaltigkeit in der Katholischen Kirche kein neues Thema sei und die letzte (hochpolitische) Enzyklika des Papstes Nachhaltigkeit weit fasse: Sie sei ebenso eine Sozial- wie eine Klimaenzyklika.

Nachhaltige Lieferketten – wie geht das in der Praxis?

Das erste Panel verhandelte das Thema der praktischen Umsetzung nachhaltiger Lieferketten. Moderiert wurde das Panel von **Gunter Rieck Moncayo**, dem Koordinator internationale Wirtschaftspolitik der KAS.

Achim Lohrie, Direktor Unternehmensverantwortung der Tchibo GmbH, stellte die nachhaltige Geschäftsstrategie des Hamburger Handelsunternehmens vor. Zentrales

Element ist die Unterstützung der Lieferanten bei der Erfüllung der maßgeblichen Standards. Dies beinhaltet Schulungen in Zusammenarbeit mit NGOs, die auch dem Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen dienen. Um hierbei überhaupt erfolgreich sein zu können, reduziert Tchibo sukzessive und sozial verträglich die Anzahl der Lieferanten von ursprünglich 3.500 auf perspektivisch nur noch 500. Tchibo als Wirtschaftsunternehmen gehe es nicht darum, das *Gute* zu tun, sondern das *Richtige*. Die Umsetzung elementarer Umwelt- und Sozialstandards gehe dem Wettbewerb mit anderen Unternehmen dabei voraus. Daher sei ein Zusammenschluss wie das von Bundesminister Müller initiierte Textilbündnis so wichtig, weil es Wettbewerbsverzerrungen durch die Einhaltung jener Standards entgegenwirke.

Dr. Harald Puhl und **Dr. Stephan Kunz** von der KIAG Knowledge Intelligence Applications GmbH stellten im Rahmen des Panels ihre Software-Lösung zur lückenlosen Dokumentation von nachhaltigen Lieferketten vor. Diese umfasst die mobile Erfassung von Daten vor Ort, Business-Intelligence-Systeme zur Analyse der Daten und für das Reporting, Informationsangebote für Verbraucher sowie Qualifizierung entlang der gesamten Lieferkette. Das Unternehmen möchte damit dazu beitragen, allen Personen in der Wertschöpfungskette transparente und gute Daten zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit nachhaltigen Lieferketten stellte **MinDirig Dr. Bernhard Felmburg**, Leiter der Unterabteilung 11 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (und Koordinator des Textilbündnisses), fest, dass mitunter äußerer Druck für einen Erkenntnisgewinn nötig sei. Das Textilbündnis sei ein Prozess, der für die beteiligten Unternehmen eine Verpflichtung über die reine Selbstverpflichtung hinaus darstelle. Die Begleitung solcher Multi-Stakeholder-Prozesse stelle eine neue Form staatlichen Handelns jenseits des Aufstellens neuer Gesetze dar. Das Textilbündnis könne dabei durchaus als Blaupause für weitere Multi-Stakeholder-Prozesse verstanden werden. Felmburg wies auch darauf hin, dass der Staat als großer Konsument Veränderungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

CHRISTIAN E. RIECK
GUNTER RIECK MONCAYO

Februar 2016

www.kas.de/wf/de/17.66789

www.kas.de

auch über das Milliarden schwere öffentliche Beschaffungswesen erreichen könne. So habe sich die Bundesregierung im Rahmen des Maßnahmenplans Nachhaltigkeit das Ziel gesetzt, bis 2020 möglichst 50 Prozent nachhaltige Textilien zu beschaffen (ausgenommen Spezial-Textilien).

Als Überraschungsgast war am Abend des ersten Tages **Prof. Dr. Klaus Töpfer** geladen, der ehemalige Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Umweltpolitik sei Umverteilungspolitik. Sie verursache bis auf bürokratische Kosten keine Kosten, entscheide aber, wann welche Kosten zu tragen habe. Gleichzeitig berge sie auch hohes Konfliktpotenzial, denn keiner trage gern die Kosten des Anderen. Ihr Wert steige jedoch weiter, denn heute müssten auch die negativen Folgen vorangegangenen Wachstums wieder beseitigt werden. In diesem Zusammenhang gebe es die Notwendigkeit, die Globalisierungsfähigkeit von Entwicklungstechnologien um Entwicklungsprozessen in den Entwicklungsländern voranzutreiben. Entwicklungschancen hingen dabei vor allem mit Energie und Investitionen zusammen. Töpfer schloss mit der Bemerkung, Entwicklungsarbeit sei eine ökonomische und humanitäre Fragestellung, aber gleichzeitig auch eine egoistische Investition in eine eigene friedliche Zukunft. Damit sei Entwicklungspolitik schlussendlich Friedenspolitik.

Berufliche Bildung – Schlüssel zur Umsetzung der Agenda 2030?

Das zweite Panel behandelte unter der Moderation von **Joachim Elsässer** vom Landesverband Baden-Württembergische Industrie die Berufliche Bildung.

Michael Mager, Personalvorstand der Grohe AG, strich in seinem Vortrag das Engagement seines Unternehmens für die berufliche Bildung und Nachhaltigkeit hervor – so produziert Grohe etwa Filtersysteme für sauberes Trinkwasser und bildet z.B. in Indien seinen Nachwuchs für den Markt aus, nicht für Grohe allein, und nehme damit eine wichtige Qualifizierungsfunktion und auch soziale Verantwortung im Land wahr.

Grohe gehöre zu den drei nachhaltigsten Unternehmen in Deutschland – und sei bundesbesten Ausbilder. Zur nachhaltigen Unternehmensphilosophie gehöre, in Ausbildung investieren, um nachhaltige Existenz des Unternehmens zu garantieren.

Es sprach dann **Dr. Claudia Lücking-Michel, MdB**, vom Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag sowie Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Sie betonte, dass Bildung der Schlüssel sei für individuelle Entwicklung, für Zukunftschancen und auch für die Wirtschaft eines Landes. Aufgabe der Politik sei es, Rahmenbedingungen dafür zu verbessern und Hürden zu beseitigen, nicht zuletzt für kleine und mittelständische Unternehmen. Lücking-Michel unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit von Unternehmen und NGOs in der Vermittlung von Know-How und bezeichnete die Duale Bildung als Zukunftsmodell. Sie sei zentral für die Entwicklungspolitik.

Christian Osterhaus, Geschäftsführer von Don Bosco Mondo, stellte verschiedene Projekte seiner weltweit tätigen Organisation vor, darunter zahlreiche Ausbildungskooperationen mit deutschen Unternehmen und auch Beratungsprojekte für Organisationen in den Partnerländern. Don Bosco sei eine Plattform für solche Kooperationen. Ausbildung bedeute, dass die Wirtschaft ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehme.

Susanne Sattlegger von Sequa in Bonn erklärte, dass ihre gemeinnützige Entwicklungsorganisation ungefähr 800 Projekte in 100 verschiedenen Ländern betreue. Das Ziel sei die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der beruflichen Qualifizierung in den Schwellenländern. Schulische und betriebliche Ausbildung sollten verzahnt werden, Projekte an Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Die wichtigsten Instrumente seien Programme des BMZ wie DeveloPPP.de, die die Bemühungen von deutschen Unternehmen in Entwicklungsländern unterstützen. Außerdem gebe es Berufsbildungspartnerschaften mit der deutschen Wirtschaft, z.B. Partnerschaften deutscher Kammern und Verbände mit Berufsbil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

CHRISTIAN E. RIECK
GUNTER RIECK MONCAYO

Februar 2016

www.kas.de/wf/de/17.66789

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Team Politikdialog und Analyse
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit

Katharina-Heinroth-Ufer 1
10787 Berlin

Die Verfasser danken Sandra Butz, Ludwig Höhning und Theresa Volkmer für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Beitrags.

dungseinrichtungen und Kammern in den Entwicklungsländern.

Good Governance und Rechtsstaatlichkeit – Bedingung und Aufgabe unternehmerischen Handelns?

Das dritte Panel betrachtete den Themenkomplex Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit. Es wurde von **Dr. Stefan Friedrich** moderiert, dem Leiter des Teams Politikdialog und Analyse der KAS.

Den einstimmenden Vortrag hielt **Dr. Marie Möller**, Verhaltensökonomin und Wirtschaftsethikerin vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln. Sie definierte Good Governance als gute und verantwortungsvolle Regierungsführung (Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsfreiheit etc.) und verwies auf den Good Governance-Index der Weltbank sowie den Fragile State Index des Fund for Peace. Das Problem der „Bad Governance“ in Entwicklungsländern sei, dass Bemühungen der Entwicklungspolitik verpufften. Im Bereich Engagement von Unternehmen gebe es hier einen positiven Trend. Unternehmen profitierten von Good Governance, denn sie brauchten z.B. Rechtssicherheit und Stabilität für Investitionen. Es gebe eine unternehmerische Mitverantwortung über das reine Gewinninteresse hinaus. Dazu müssten sie sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein und im Spannungsfeld zwischen Erwartungen der Mitarbeiter, Kunden, Anleger und Eigentümer moralisch möglichst einwandfrei handeln. Dazu gehöre, dass, wenn es in den Rahmenordnungen der Staaten Lücken gebe, Unternehmen ihren Spielraum zwischen Legitimität und Legalität ethisch ausfüllen sollten. Bei dieser unternehmerischen Positionierung müsse eine Abwägung zwischen Eigennutz und Mitverantwortung stattfinden.

MinR Hans-Peter Baur, Leiter der für die nachhaltigen Entwicklungsziele verantwortlichen Unterabteilung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sah ebenfalls klar eine gestiegene Bereitschaft von Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen. Good Governance und Rechtsstaatlichkeit sei sowohl Voraussetzung als auch Aufgabe unternehmerischen Handelns.

Ohne Privatsektor und Zivilgesellschaft sei keine weitere Entwicklung möglich: Entwicklung komme von innen. Voraussetzung sei aber der entsprechende Willen aller beteiligten Akteure. In den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 sei Good Governance nicht nur ein Ziel unter vielen, sondern auch die Voraussetzung für andere Ziele wie z.B. im Feld Gesundheit (Ebola). Entsprechend sei dies ein starkes Investitionsfeld des BMZ.

Es folgte **Volkmar Klein, MdB**, Berichterstatter im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen. Er betonte, dass Good Governance nicht nur Aufgabe, sondern auch Folge von unternehmerischem Handeln sei. Entwicklungschancen müssten auch über Gesundheit und Wasserversorgung hinaus bereitgestellt werden. Weil sie für einen nachhaltigen Entwicklungspfad so wichtig sei, müsse gegenüber Partnerländern im Bereich Gute Regierungsführung eine klare Konditionalität herrschen. Bei fehlendem Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung gebe es darüber hinaus die Gefahr, dass Gelder der zwischenstaatlichen EZ verpufften. Die Verantwortung liege hier auch bei den lokalen Akteuren.

Michael Windfuhr, der Stellvertretende Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, wies darauf hin, dass zwischen Good Governance und den Menschenrechten eine große Deckungsgleichheit herrsche. Unternehmen müssten an ihren Standorten im Ausland immer auch ihre Rolle reflektieren: Was erwarten sie von den staatlichen Institutionen? Sie sollten gute Bedingungen einfordern und in ihren Ländern zu „Good Governance im Kleinen“ anhalten. Ein besonderes Problem sei hierbei das Phänomen der sog. *shrinking spaces*: Die Spielräume für die Zivilgesellschaft würden an vielen Orten immer mehr eingeschränkt und damit der nationale wie auch der internationale Dialog erschwert. Klar sei aber auch, dass Unternehmen komplexe Interessen hätten, die über die entwicklungspolitische Dimension hinausgehe. Auch hätten viele Staaten kein Interesse oder auch keine Möglichkeit, ihre Regierungsführung zu verbessern.